

# Inklusion versus Integration - Zauberformel oder neues Paradigma?

Hubertus Schröer

## Ausgangssituation: Ein neuer Diskurs

Die fachliche und politische Debatte um Inklusion als Überwindung einer Integrationspädagogik hat sich gesellschaftlich als machtvoll erwiesen. Die Behindertenbewegung hat von der UN Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bis zum nationalen Recht die Inklusionsforderung auf die politische Agenda setzen können. Daraus entwickelt sich ein gesellschaftlicher Diskurs, der über die Behindertenarbeit ausgreift: Zugehörigkeit als überzeugende normative Grundlage und die menschenrechtliche Fundierung regen dazu an, die Adaption des Begriffs und seiner Konsequenzen auf andere (Politik-)Bereiche zu versuchen. Die Inklusionsdebatte trifft zudem auf ein Unbehagen, das schon länger in Disziplin und Profession der interkulturellen Arbeit formuliert wird.

Der (beginnende) Diskurs und die Forderung nach Inklusion statt Integration in der Migrationsgesellschaft erinnert an den Umbruch von der Migrationssozialarbeit und Ausländerpädagogik zur interkulturellen Arbeit und Pädagogik in den 1970er Jahren. Aber geht es um einer derart tief greifende Veränderung, dass von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden kann? Um darauf eine Antwort zu finden, soll zunächst ein kurzer Blick auf die migrationssoziologische Auseinandersetzung um den Integrationsbegriff geworfen werden.

## Integration aus wissenschaftlicher Perspektive: Migrationssoziologie

In der internationalen, speziell US-amerikanischen Migrationssoziologie findet noch immer (oder: wieder) der Begriff der Assimilation Anwendung. Esser nimmt die Debatte auf und fragt provokativ: „Welche Alternative zur ‚Assimilation‘ gibt es eigentlich?“ (Esser 2004) Zu seiner, als Neo-Assimilation bezeichneten Position gibt es viele kritische Einwände (vgl. Otto/Schrödter 2006), die hier nicht erörtert werden können. Im Folgenden sollen lediglich integrationsspezifische Positionierungen skizziert werden, die das praktische Handeln von Verwaltungen sowie sozialen und pädagogischen Institutionen prägen. Das darin vermittelte Verständnis von Integration soll zum Inklusionsbegriff in Bezug gesetzt werden.

Esser (2004:45) unterscheidet zwischen der Integration der Gesellschaft als soziales Gebilde insgesamt, was er als *Systemintegration* bezeichnet, und den Beziehungen der Akteure einer Gesellschaft untereinander und zur Gesellschaft, was er *soziale Integration* nennt. Er (ebd.:46) differenziert vier Dimensionen der sozialen Integration: Kulturation als Übernahme von Wissen, Fertigkeiten und kulturellen Modellen; Platzierung als Übernahme von Rechten und Einnahme von gesellschaftlichen Positionen; Interaktion als Aufnahme von sozialen Beziehungen und Einbindung in soziale Netzwerke; Identifikation als Übernahme von Loyalität und Aufnahme emotionaler Beziehungen. Entsprechend den vier Dimensionen sozialer Integration lassen sich vier Aspekte der *individuellen Assimilation* als Spezialfall der sozialen Integration unterscheiden: die kulturelle Assimilation (Spracherwerb), die strukturelle Assimilation

(Erwerb von Bildungsqualifikationen, Platzierungen auf dem Arbeitsmarkt), die soziale Assimilation (soziale Kontakte, Heiratsverhalten) und die emotionale Assimilation (Identifikation mit den Verhältnissen im Aufnahmeland). „Assimilation bedeutet im Zusammenhang innerethnischer Beziehungen ganz allgemein die Angleichung der Akteure bzw. Gruppen in gewissen Eigenschaften an einem ‚Standard‘“. Das geschieht nicht mit mehr oder weniger erzwungener oder auferlegter Homogenisierung und unter Aufgabe kultureller, religiöser und ethnischer Identität (ebd.:45). Ganz ähnlich hat Friedrich Heckmann (2005) *vier Dimensionen der Integration* entwickelt: strukturelle Integration (Zugang zu den Kernbereichen der Gesellschaft), soziale Integration (Teilhabe an sozialen Netzwerken), kulturelle Integration (Aneignung der Kulturtechniken) und identifikatorische Integration (Gefühl von Zugehörigkeit). Bade und Bommers (2004:9 ff.) unterscheiden: *Assimilation* „als Ausrichtung des Verhaltens von Individuen und Kollektiven an institutionalisierten sozialen Erwartungen“ mit der Annahme, „dass darüber das Ausmaß des Zugangs zu den wichtigen sozialen Ressourcen der Lebensführung – wie Arbeit, Einkommen, Bildung oder Gesundheit – vermittelt wird“; *Inkorporation* als Kritik am Assimilationsansatz und den damit verbundenen politischen Erwartungen, wonach die mit Migration verbundenen Problemstellungen „zu sehr als individuelle und soziale Anpassungsleistungen, die vor allem einseitig von den Migranten zu erwarten seien“, verstanden wird und damit als ein alternatives Konzept im Anschluss an „citizenship/ Bürgerschaft“, d.h. „als institutionalisierte Erwartung, in jeder modernen Gesellschaft stehe jedem Individuum als Bürger die Teilhabe an den zivilen, politischen und sozialen Rechten zu“; *Inklusion* als Analyserahmen, ob Migranten „in die verschiedenen Bereiche der Lebensführung in modernen Gesellschaften (Politik, Recht, Ökonomie, Erziehung, Gesundheit, Religion usw.)“ einbezogen sind oder nicht.

### **Integration aus lebensweltlicher Perspektive: Politik und Alltagssemantiken**

Schon seit längerer Zeit formulieren Teile der Sozialen Arbeit und Pädagogik in der Migrationsgesellschaft ihr Unbehagen an einem Konzept von Integration, wie es in Politik und Öffentlichkeit, also in den Alltagssemantiken deutlich wird. Kritisiert wird eine Vorstellung von Integration als einseitige Anpassungsleistung, analysiert werden die damit verbundenen diskriminierenden und rassistischen Konnotationen, konstatiert wird eine gesellschaftliche Wir-Ihr-Polarisierung. Die publizistische Kritik setzt sich dabei nicht in erster Linie mit der klassischen Migrationssoziologie und ihren Begriffen auseinander sondern vorwiegend mit der Praxis in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Diese öffentlichen Diskurse konstituieren eine duale Denkstruktur, ein Wissen über Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit und konstruieren damit den Anderen, den kulturell Fremden („othering“) (vgl. Sarma 2012:33). Mecheril (2011) arbeitet heraus, dass von Integration meist gesprochen wird unter dem Vorzeichen der Nichtintegration mit Schlagworten wie Desintegration, verweigerter, misslungener, verpasster, oder unmöglicher Integration, alles Begriffe, die in den letzten Jahren Wahlkämpfe oder Titelseiten von Spiegel, Fokus und Bild geprägt haben. Einwanderung wird als Störung im normalen Ablauf der Gesellschaft verstanden (Terkessidis 2010:43ff.), die Eingliederung des Unnormalen muss deshalb mit zusätzlichen, kompensatorischen Leistungen versucht werden, die Nichtintegration wird als subjektives Versagen zum Problem der Eingewanderten und nicht der aufnehmenden Gesellschaft.

Integration gelingt eigentlich nur durch totale Anpassung: „Die erworbene Unsichtbarkeit wird zum Kriterium einer erfolgreichen Integration“ (Castro-Varela 2006:154). Es ist die Macht derartiger kultureller Bilder in außerwissenschaftlichen Kontexten, die den Integrationsdiskurs bestimmt. Es ist zwar keine „Leitkultur“, wohl aber eine männlich und weiß bestimmte, westlich-kapitalistische Dominanzkultur der Über- und Unterordnung (Rommelspacher 1998), die das Verhältnis von vermeintlich Einheimischen zu den Eingewanderten bestimmt. Castro-Varela (2006:154.) analysiert die Integrationsdiskurse mit ihren Alltagssemantiken unter Bezug auf Foucault als ein Element von Gouvernementalität, verstanden als Regierungskunst, mit bestimmten institutionellen Strukturen, Verfahren und unbewussten Praxen Macht auszuüben und die Bevölkerung zu beeinflussen und zu lenken. Integrationspolitiken können danach als „Normalisierungs- und Disziplinierungsregime“ beschrieben werden, „die all jenes, welches sich nicht in eine Vorstellung des ‚Normalen‘ und mithin ‚Richtigen‘ fügen lässt, ausschließt und/oder marginalisiert“ (ebd.). Im Ergebnis haben sich die alltagssemantischen Bedeutungen des Integrationsbegriffs von den sozialwissenschaftlichen Inhalten verselbständigt. Die Assoziationen, die eine kritische Fachöffentlichkeit und Publizistik damit verbinden, sind vorwiegend negativ. Das verweist auf die Notwendigkeit der Veränderung. Ist dafür der Inklusionsbegriff geeignet?

### **Inklusion: eine neue Perspektive**

Das Schwierige am Inklusionsbegriff ist, dass mit ihm unterschiedliche Vorstellungen verbunden sind, die auf (mindestens) drei Wurzeln zurückzuführen sind: die soziologische Systemtheorie, die Armuts- und Ungleichheitsforschung und die integrative Behindertenpädagogik.

Die Systemtheorie beschreibt die moderne Gesellschaft als funktional differenzierte Gesellschaft. Inklusion bedeutet Zugehörigkeit zu den verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft, Nicht-Zugehörigkeit heißt Exklusion. Sie fragt nicht nach der Integration der Gesellschaft insgesamt, die nach diesem Verständnis keine Rolle mehr spielt (vgl. Nasshi 2006).

Die Armuts- und Ungleichheitsforschung arbeitet mit den gleichen Begriffen, fragt aber gerade danach, was den Zusammenhalt der Gesellschaft bewirkt. Kronauer (2010:15) bezeichnen Exklusion/Inklusion als „neue soziale Frage“. Für ihn bedeutet Inklusion Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung (Interdependenz), Einbindung in stützende Nahbeziehungen (Reziprozität), Teilhabe durch Bürgerrechte (Partizipation). Exklusion bedeutet demnach Ausgrenzung oder Ausschluss.

Der Integrationspädagogik verdanken wir den aktuellen Diskurs um Inklusion. In Abgrenzung zum alten Integrationsansatz, der - wie in der Migrationspolitik - die Verantwortung für notwendige Veränderungs- und Anpassungsleistungen in erster Linie bei den Betroffenen verortete, zielt die Inklusionsperspektive auf gesellschaftliche Zugehörigkeit von Anfang an. Behinderung wird (auch) gesellschaftlich hergestellt. Die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wird verhindert durch die Wechselwirkung von individueller Beeinträchtigung und gesellschaftlichen Barrieren (so Art. 1 der UN-BRK). Daraus ergibt sich als Herausforderung, die rechtlichen, institutionellen und organisatorischen Verhältnisse zu verändern, das heißt die Veränderung und Anpassung der Institutionen an die Fähigkeiten der Menschen und nicht umgekehrt. Dafür sind institutionelle Inklusionsvoraussetzungen und individuelle Fördermaßnahmen zu verbinden. Inklusion soll als eine neue Haltung verstanden wer-

den, die alle Formen von Benachteiligung aufgreift, die alle Aspekte von Diversität umfasst, die Vielfalt als Normalität begreift, der es um Strukturen von Organisationen und deren Zugangsbarrieren geht und die letztlich einen tief greifenden gesellschaftlichen Wandel anstrebt.

### **Zwischenresümee: Verbindende Elemente**

Unter Integration ist - zusammenfassend und vereinfachend - „die gleichberechtigte Teilhabe (Zugangsgerechtigkeit) an den ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft zu verstehen“ (Filsinger 2008: 8). „Inklusion bedeutet ‚Einschluss‘ oder ‚Enthaltensein‘ und bezeichnet einen Zustand der (selbstverständlichen) Zugehörigkeit aller Menschen zur Gesellschaft, verbunden mit der Möglichkeit zur uneingeschränkten Teilhabe in allen Bereichen dieser Gesellschaft.“ (bildungsserver berlin brandenburg 2013) Fokus aller Ansätze ist die Frage nach der Stellung von Menschen mit Migrationshintergrund in der sozialen Verteilungsstruktur, also ihren Zugängen zu den Funktionssystemen der Gesellschaft wie Einkommen, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Recht. Insoweit sind Assimilation (der Migrationssoziologie), Integration, Inkorporation und Inklusion gleich zu setzen.

Unterschiede bestehen in den normativen Prämissen, in unterschiedlichen Haltungen als Ausgangslage: Integration setzt auf Eingliederung, erwartet Angleichung und Anpassung. Inklusion geht von der Zugehörigkeit aller aus und zwar von Anfang an. Integration formuliert eine Erwartung der Gesellschaft an Zugewanderte, fordert ein aktives Tun, versteht Eingliederung als eine „Bringschuld“ der Menschen mit Migrationshintergrund. Inklusion geht von der Erwartung der Menschen an die Gesellschaft aus, alles dafür zu tun, dass ihr Einschluss gewährleistet ist, beschreibt also die Gewährleistung von Zugehörigkeit als eine Art „Bringschuld“ der Gesellschaft. Insoweit eröffnet Integration zwar die Möglichkeit der Teilhabe an den gesellschaftlichen Funktionssystemen, aber eher als abstrakte Teilhabechance. Inklusion dagegen setzt auf die konkrete Ermöglichung von Teilnahme, indem sie etwa durch Empowerment Teilnahmefähigkeit ermöglicht.

Die Frage ist also, welche Kritik formuliert ein Konzept gesellschaftlicher Inklusion am Konzept der Integration? Was würde sich für Organisationen ändern, wenn sie auf Inklusion setzen? Was gewinnen wir in Sozialer Arbeit und Pädagogik durch den Begriff der Inklusion?

### **Konsequenzen: Die Umsetzung von Inklusion in Organisationshandeln**

Im Vordergrund der kritischen Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff steht der normative Ausgangspunkt von Inklusion als selbstverständliche Zugehörigkeit. Ferner ist es die Orientierung von Integration auf die individuelle Ebene der handelnden Personen, also der sich integrierenden Zugewanderten. Sie tragen für Gelingen wie Scheitern die wesentliche Verantwortung. Integrationspolitische Maßnahmen werden häufig verstanden als zusätzliche, kompensatorische Angebote, sind defizitverhaftet. Mit der Zielgruppenorientierung auf Menschen mit Migrationshintergrund findet eine kategoriale Verengung auf eine Vielfaltsdimension statt. Die gesellschaftlich fatale Folge einer Wir-Ihr-Dichotomie ist schon angesprochen worden. Das herkömmliche Integrationsverständnis vernachlässigt strukturelle Rahmenbedingungen mit ihren Zugangsbarrieren und reflektiert zu wenig die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Und schließlich wird in jüngerer Zeit der nationalstaatliche

Bezug mit seiner mononationalen Verengung in der Regel auf das Aufnahmeland kritisiert. Zugehörigkeit im Sinne von Inklusion kann dagegen transnational und multinational gedacht werden.

Auf diese kritischen Punkte findet das Inklusionskonzept Antworten und bietet Anknüpfungspunkte für die Zusammenführung der unterschiedlichen Diskurse. Es lenkt - wie die interkulturelle Orientierung und Öffnung - den Blick von der Defizit- zur Ressourcenorientierung und von der Perspektive auf Personen zur Veränderung von Strukturen (vgl. Handschuck/Schröer 2012). Es zeigt sich - wie Diversity und Intersektionalität - offen für alle Vielfaltsdimensionen und ihre Verschränkungen (vgl. Schröer 2012). Ohne Verengung auf eine (kulturelle) Differenz entgeht das Konzept der Gefahr von Ethnisierung und Kulturalisierung. Mit der Ablehnung von Kategorisierungen wendet es sich gegen Gruppismus als Essentialisierung von Differenz (vgl. Baer 2010). In der Aufnahme von allen Formen der Benachteiligung ist es anknüpfungsfähig an Antidiskriminierungs- und Antirassismussarbeit. Und in der Teilhabe- und Teilnahmebetonung knüpft es an zivilgesellschaftliche Perspektiven an. Das klingt nach Zauberformel - und macht skeptisch. Deswegen gilt es, Widerstände und Hemmnisse zu identifizieren, die dem Inklusionskonzert begegnen werden.

#### *Verwirrung durch neue Begriffe*

Politik und Verwaltung, große Organisationen sind durch starke Beharrungskräfte geprägt und durch Widerstände gegen radikale Infragestellungen von außen. Es hat lange gedauert, beispielsweise mit Gender Mainstreaming oder interkultureller Orientierung neue Haltungen und Strategien zu implementieren. Interkulturelle Öffnung ist zumindest in den politischen Verlautbarungen und Planungen sowie in den kommunalen Strategien und Handlungskonzepten angekommen. Inklusion jenseits der Behindertenarbeit ist ein neuer, schwer verständlicher Begriff mit unterschiedlichen Wurzeln und Konnotationen. Zumindest ein allzu forsches Vorgehen ohne längerfristige strategische Planung läuft Gefahr, kontraproduktiv zu wirken.

#### *Aufgabe der Zielgruppenorientierung*

Die Orientierung an einer erweiterten, alle Vielfaltsdimensionen umfassenden Inklusionsforderung hat in letzter Konsequenz die Verabschiedung von der Zielgruppenorientierung zur Folge. Wenn Inklusion von der Behindertenpädagogik abgelöst die ganzheitliche Betrachtung eines jeden Menschen in seiner jeweiligen lebensweltlichen Einzigartigkeit bedeutet, dann wird er als Mann und Frau unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft mit unterschiedlicher Ausstattung und sexuellen Identitäten wahrgenommen. Das bedeutet eine derartige Zunahme an Komplexität, dass eine Überforderung der sozialen und pädagogischen Fachkräfte die Folge wäre. Die verschiedenen Berufsgruppen in Sozialer Arbeit und Pädagogik sind zielgruppenorientiert sozialisiert worden. Mit gewissen Spezialisierungen haben sie Sicherheit und ein Kompetenzprofil gefunden, was infrage gestellt und zu Verlustängsten führen wird. Die Fachkräfte sind es gewohnt, in Zuständigkeiten und Verantwortungsabgrenzungen zu denken und zu handeln. Alle Erfahrungen und Gewohnheiten drohen durch den Inklusionsansatz scheinbar entwertet zu werden. Das provoziert Widerstand.

Es berührt aber auch normative Haltungen und politische Grundsatzentscheidungen, die mit Geschichte, Wertorientierungen, Macht und Ressourcen verbunden sind. Gleichstellungspolitik, Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming sind Ergebnisse einer hundertjährigen Geschichte mit wissenschaftlichen Diskursen, politischen

Profilierungen, Ressortzuständigkeiten und personellen wie finanziellen Ausstattungen. Ähnliches gilt, wenn vielleicht nicht ganz so machtvoll, für die Behindertenbewegung oder für interkulturelle Zusammenhänge. Solche Machtpositionen gibt niemand gern auf.

### *Gefahr der Entpolitisierung*

Ein wichtiges Argument, das auch schon in der Debatte um Diversity Management aufgekommen ist, bleibt die Gefahr der Entpolitisierung von bewegungspolitischen Ansprüchen, die in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erkämpft worden sind (Vgl. Schröder 2012). Wenn Frauen, Migrantinnen, Schwule und Lesben oder Behinderte vorwiegend in ihrer lebensweltlichen Individualität wahrgenommen werden, dann besteht zumindest die Gefahr, dass der auf gesellschaftliche Veränderung gerichtete bewegungspolitische Impetus verloren geht.

### *Probleme der Operationalisierung*

Wir gewinnen nichts durch den bloßen Austausch der Begriffe, wenn wir nicht sicherstellen, dass das Inklusionskonzept leistet, was das Integrationskonzept geschafft hat, und wenn nicht zugleich auch wesentliche kritische Einwände gegen das Integrationsverständnis berücksichtigt würden. Kommunale Integrationskonzepte haben es geschafft (häufig in Anlehnung an Heckmann), den Integrationsbegriff in einer Form zu übersetzen, dass eine pragmatische Integrationspolitik ermöglicht wurde. Auf der Grundlage der vier Dimensionen konnte das jeweilige Integrationsverständnis bestimmt und operationalisiert werden. Auf dieser Basis wurden Ziele entwickelt und Indikatoren bestimmt sowie eine angemessene Informations- und Kommunikationsstruktur organisiert. So sind zunehmend eine systematische Integrationsberichterstattung und ein kommunales Monitoring gewährleistet (vgl. Filsinger 2008:5).

Was würden wir gewinnen, wenn wir uns im migrationspolitischen Diskurs dem Begriff der Inklusion öffnen würden? Die strategische Steuerung ist lediglich ein Instrument, das mit Inhalten gefüllt werden kann und muss. Ein neues Label „Inklusion“ hätte zur Folge, dass über die normativen Grundlagen, über die Organisationsphilosophie und das Leitbild neu nachgedacht werden müsste. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass die Auseinandersetzung mit Begriffen durch die mächtige Verwaltung selbst schon Begriffe setzt und besetzt. Zugleich müssten Verwaltung, Bildungsinstitutionen und soziale Organisationen offen sein für eine zivilgesellschaftliche Debatte, die sich mit Zugehörigkeit und Teilhabe auseinandersetzt. Die Praxis inklusiver Arbeit hat bisher im wesentlichen in pädagogischen Arbeitsfeldern wie Kita, Schule, z.T. Jugendhilfe stattgefunden mit der Folge neuer Kooperationsstrukturen, neuer Curricula und Unterrichtskonzepte, aber auch neuer Ausbildungs- und Weiterbildungskonzepte. In den klassischen Bildungsinstitutionen steht die Arbeit mit behinderten Kindern im Vordergrund. In der Jugendsozialarbeit werden weitere Exklusionsmechanismen wie Armut oder Diskriminierung in den Blick genommen. In einer „Pädagogik der Vielfalt“ werden die Dimensionen Geschlecht, Ethnie, Behinderung in ihrem Zusammenhang gesehen und zum Ausgangspunkt der Pädagogik gemacht, „ohne aber der kindlichen Vielfalt wirklich vollständig gerecht zu werden“ (Prengel 2007:60).

Konkrete Strategien einer angemessenen Organisationsentwicklung sind bisher kaum erarbeitet, weshalb versucht wird, von den Erfahrungen und Instrumenten des Diversity Managements zu profitieren (vgl. Schür 2010). Allerdings gibt es vergleichbare Ansätze. Inklusion realisiert sich auf drei Handlungsebenen: der Ebene der Institution (also Kita, Schule, Jugendsozialarbeit), der Ebene der Netzwerke (Einbet-

tung in Netzwerke, Systeme übergreifend, multiprofessionell, interdisziplinär) und der Ebene der Region (Stadtteil-/Gemeinwesen-/Lebensweltorientierung). Der „Index für Inklusion“ bezieht sich auf drei Dimensionen: auf inklusive Kulturen (Vision, Werte, Leitbild), auf inklusive Strukturen (Barrierefreiheit, heterogene Gruppen) und auf inklusive Handlungspraktiken (pädagogische Haltung, kooperatives Lernen, Ressourcen) (vgl. Boban/ Hinz 2012). Die Parallelen etwa zur interkulturellen Öffnung sind erkennbar, die Herkunft aus pädagogisch geprägten Arbeitsfeldern und Institutionen ist gleichfalls nicht zu übersehen. Es könnten sich deshalb Synergien ergeben, wenn die OE-Strategien und Erfahrungen von Diversity Management, Gender Mainstreaming und interkultureller Öffnung fruchtbar gemacht werden. Es geht in gleicher Weise um die Formulierung eines Leitbildes (Zugehörigkeit von Anfang an), es geht um die Analyse und den Abbau von Zugangsbarrieren, die die Teilhabe an den Funktionssystemen der Gesellschaft und ihren jeweiligen Dienstleistungen verhindern. Es geht um Ziele und Indikatoren und es geht weiterhin um notwendige Fördermaßnahmen auf Grund fortbestehender Barrieren. Dabei werden sich unter dem Inklusionsgedanken aber neue oder modifizierte Ziele und deren Operationalisierung ergeben müssen. Wenn Zugehörigkeit statt Angleichung postuliert wird, stehen beispielsweise Teilhabe und Teilnahme im Vordergrund. In einer Operationalisierung wird es um Teilnahmefähigkeit und damit um Ermächtigung und Befähigung im Sinne von Empowerment gehen. Ein gelingender gesellschaftlicher Diskurs über Zugehörigkeit von Anfang an würde dazu beitragen, die unheilvolle Wir-Ihr-Dualität zu verringern. Das wären Veränderungen und ein Gewinn.

### **Resümee: Ausblick**

Nach diesen Überlegungen zum Verhältnis von Integration zu Inklusion bleibt festzuhalten, dass der Fluchtpunkt aller Konzepte die Frage nach der Teilhabe in den gesellschaftlichen Teilbereichen, also der Inklusion in die wesentlichen Funktionssysteme darstellt. Das verlangt nicht nach neuen Begriffen. Es ist aber auch deutlich geworden, dass das wissenschaftliche Konzept Integration durch die öffentlichen Diskurse negative Assoziationen weckt. Das verweist auf die Notwendigkeit von Veränderung: auf eine vorsichtige und strategisch geplante Neuorientierung von der Integrationsforderung zur Inklusionsbegrifflichkeit, um durch ein neues Verständnis die durch Politik, Medien und Öffentlichkeit als diskriminierend und rassistisch konnotierte Semantik von Integration zu unterlaufen.

Die im Inklusionskonzept angelegten Parallelen zu interkultureller Öffnung, Gender Mainstreaming oder Diversity Management legen nahe, dass mit der neuen Begrifflichkeit wohl eher kein grundlegender Paradigmenwechsel verbunden ist. Neben den Organisationen der Sozialen Arbeit und der Bildungsinstitutionen ist es die Verwaltung, die bei der Neupositionierung eine wichtige Funktion wahrnimmt. Sie kann vermitteln zwischen Theorie und Praxis, zwischen Alltags- und wissenschaftlicher Welt. In ihrer Funktion der Politikberatung und als Anstoßgeberin für kommunale Fachdiskurse kann sie das Thema Inklusion befördern und einen Perspektivenwechsel von der Integration zu Inklusion einleiten. Die mit dem Inklusionsverständnis verbundene neue Haltung sollte als eine längerfristige strategische Orientierung angelegt sein, um sich selbst und die weiteren Beteiligten nicht zu überfordern. Inklusion als Haltung der Zugehörigkeit von Anfang an muss folgende Aspekte berücksichtigen: Inklusion darf nicht als Zauberformel Interessen verschleiern, sondern muss als menschenrechtlich fundierte Forderung nach klaren Rechten durchgesetzt werden. Inklusion darf nicht als vorwiegend pädagogisches Konzept verstanden, sondern muss

auch als Frage nach gesellschaftlichen Machtstrukturen und sozialen Exklusionsmechanismen gestellt werden. Das Verhältnis von Vielfalt und Teilhabe ist deshalb sowohl anerkennungstheoretisch („Pädagogik der Vielfalt“) und zugleich ungleichheitstheoretisch („Inklusion als neue soziale Frage“) zu analysieren (vgl. Dannenbeck 2011).

In dieser langfristig angelegten Umorientierung bleibt auch die konsequente Verabschiedung von der Zielgruppenorientierung eine visionäre Perspektive. Das berührt, wie ausgeführt, normative Haltungen und politische Grundentscheidungen, die mit Wertorientierungen, Macht, personellen und finanziellen Ressourcen verbunden sind. Eine solche Konsequenz erscheint deshalb gegenwärtig noch nicht durchsetzbar. Sie würde Politik, Verwaltung, Organisationen und die Fachkräfte überfordern.

Zum Schluss: Die Debatte sollte weniger moralisch aufgeladen geführt werden! „Der Feind der Inklusion ist nämlich nicht die Integration, sondern die Exklusion, der Ausschluss“ (Hestermann 2012:52).

## **Literatur:**

Baer, Susanne (2010): Chancen und Risiken positiver Maßnahmen: Grundprobleme des Antidiskriminierungsrechts und drei Orientierungen für die Zukunft. In: [http://www.migration-boell.de/web/diversity/48\\_2635.asp](http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_2635.asp) (07.03.2013)

Bade, Klaus/Bommes, Michael (2004): Einführung. In: Bade, Klaus/Bommes, Michael (2004) (Hrsg.): Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge Heft 23. Osnabrück. S.7-20

Bildungsserver berlin brandenburg (2013): Inklusion. In: <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/inklusion.html> (07.03.2013)

Boban, Ines/ Hinz, Andreas (2012): Informationen zur Inklusionspädagogik. In: <http://www.inklusionspaedagogik.de/> (07.03.2013)

Castro Varela, Maria do Mar (2006): Integrationsregimes und Gouvernementalität. Herausforderungen an interkulturelle/ internationale Soziale Arbeit. In: Otto, Hans-Uwe/ Schrödter, Mark (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität. neue praxis, Sonderheft 8. S.152-163.

Dannenbeck, Clemens (2011): Diversity – Oder, wie kann der Umgang mit Vielfalt gelingen? [http://www.bagfw.de/fileadmin/media/Projekte\\_2011/FT\\_2\\_November\\_Migration/Dokumentation/Diversity\\_Vortrag\\_Dannenbeck.pdf](http://www.bagfw.de/fileadmin/media/Projekte_2011/FT_2_November_Migration/Dokumentation/Diversity_Vortrag_Dannenbeck.pdf) (07.03.2013)

Esser, Hartmut (2004): Welche Alternative zur „Assimilation“ gibt es eigentlich? In: Bade, Klaus/Bommes, Michael (2004) (Hrsg.): Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge Heft 23. Osnabrück. S. 41-59.

Filsinger, Dieter (2008): Bedingungen erfolgreicher Integration - Integrationsmonitoring und Evaluation. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Handschuck, Sabine/ Schröer, Hubertus (2012): Interkulturelle Orientierung und Öffnung. Theoretische Grundlagen und 50 Aktivitäten zur Umsetzung. Augsburg.

Heckmann, Friedrich (2005): Bedingungen erfolgreicher Integration. Vortrag auf dem Bayerischen Integrationsforum. Bamberg. In: <http://www.stmas-test.bayern.de/migration/integrationsforum/ofr0128h.pdf> (07.03.2013)

Hestermann, Ulrike (2012): Politisch korrekte Vision mit unklarem Ausgang. Zukunftsmodell oder Etikettenschwindel? In: dreizehn – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Herausgegeben vom Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit. S. 52

Kronauer, Martin (2010): Die neue soziale Frage: Ausgrenzungen in der Großstadt heute. In: Keupp, Heiner/ Rudeck, Reinhard/ Schröder, Hubertus/ Seckinger, Mike & Sraus, Florian (Hrsg.): Armut und Exklusion. Gemeindepsychologische Analysen und Gegenstrategien. Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung Band 21. Tübingen. S.11-26

Mecheril, Paul (2011): Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr.43 <http://www.bpb.de/apuz/59747/wirklichkeit-schaffen-integration-als-dispositiv-essay?p=all> (07.03.2013)

Nassehi, Armin (2006): Die paradoxe Einheit von Inklusion und Exklusion. Ein systemtheoretischer Blick auf die „Phänomene“. In: Bude, Heinz/ Willis, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg. S. 46-69.

Otto, Hans-Uwe/ Schröder, Mark (2006) (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität. neue praxis, Sonderheft 8.

Prenzel, Annedore (2007): Diversity Education – Grundlagen und Probleme der Pädagogik der Vielfalt. In: Krell, Gertraude/ Riedmüller, Barbara/ Sieben, Barbara/ Vinz, Dagmar (Hg.): Diversity Studies – Grundlagen und disziplinäre Ansätze. Frankfurt/ New York. S.49-68.

Rommelspacher, Birgit (1998): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin.

Sarma, Olivia (2012): Kulturkonzepte. Ein kritischer Beitrag für die interkulturelle Bildung. Herausgegeben vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Frankfurt am Main.

Schröder, Hubertus (2012): Diversity Management und Soziale Arbeit. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit Nr. 1, S. 4-16.

Schür, Stefanie (2010): Inklusion und Diversity Management – Perspektiven einer Pädagogik für alle Kinder. In: Zeitschrift für Inklusion, Nr.3 <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion/article/view/68/72> (07.03.2013)

Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Frankfurt am Main.

Dr. Hubertus Schröder  
Institut – Interkulturelle Qualitätsentwicklung München  
Klenzestr.85, 80469 München